Aufruf des schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1952

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **44 (1952)**

Heft 5

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-353535

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: „BILDUNGSARBEIT" UND „GESETZ UND RECHT"

HEFT 5 - MAI 1952 - 44. JAHRGANG

Aufruf des schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1952

Werktätige in Stadt und Land!

Auch dieses Jahr fällt der Feiertag der Arbeit in eine Zeit stärkster internationaler Spannungen. Noch immer läßt der Völkerfrieden auf sich warten. In Korea geht der Krieg ungeachtet der nun schon bald ein Jahr währenden Waffenstillstandsverhandlungen weiter, und nur die Gefechtspausen haben sich verlängert. Es muß schon ein Trost darin erblickt werden, daß die Gespräche zwischen den kriegführenden Mächten bisher nicht abgerissen sind. Offenbar wagt es niemand, sich mit dem Odium des Abbruchs der Waffenstillstandsverhandlungen zu beladen. Korea ist aber längst nicht mehr die einzige Gefahr. Sowohl im Mittleren als im Nahen Osten, nicht zuletzt aber im nördlichen Teil Afrikas, haben sich neue Unruheherde hinzugesellt, die den Frieden kaum weniger bedrohen. Ueberall sind die bisher unterdrückten Völker der Welt in Gärung und erheben ungestüm den Ruf nach Freiheit und Unabhängigkeit.

Um so unerläßlicher ist es, daß nichts unterlassen wird, um unser eigenes Land instandzusetzen, allen von außen drohenden Stürmen zu trotzen. Diesem Zwecke dient vor allem das neue Rüstungsprogramm. Aber damit allein ist es nicht getan. Nicht weniger wichtig ist die Sorge für das Wohlergehen des Volkes. Dazu gehört in erster Linie eine gerechte Verteilung der Rüstungskosten. Nach wie vor halten wir den Augenblick für gekommen, wo die besitzenden Klassen des Landes ein ihrer Leistungsfähigkeit entsprechendes Opfer bringen müssen. Es geht nicht an, die Lasten auf die Schultern der Schwachen zu legen, die ohnehin ständig einen schweren Kampf ums Dasein führen. Es macht im Volke einen quälenden Eindruck, daß diejenigen, die sich eines steigenden Wohlstandes erfreuen und die aus der herrschenden Wirtschaftskonjunktur große Gewinne einheimsen, noch immer jede Bereitschaft zu einem solchen Opfer vermissen lassen.

Werktätige in Stadt und Land!

Die kommenden Monate stellen unsere Demokratie vor große und weitreichende Entscheidungen, die seitens der Arbeiter, Angestellten und Beamten höchste Wachsamkeit und restlosen Einsatz erfordern. Den eidgenössischen Urnengängen über den Schutz der Saisonhotellerie und der Landwirtschaft sowie der kommunistischen Initiative über die Umsatzsteuern folgt am 18. Mai die Abstimmung über die Initiative der Sozialdemokratischen Partei, die ein Friedensopfer zum Zwecke der Rüstungsfinanzierung und zum Schutze der sozialen Errungenschaften fordert, und nur wenige Wochen später hat sich das Volk über die Rüstungsfinanzierungsvorlage des Bundesrates zu entscheiden. Ein weiterer Großkampf kündet sich über die vom Bundesrat beantragte Fortführung der eidgenössischen Preiskontrolle an, gegen die bereits von Arbeitgeberverbänden Sturm gelaufen wird, und auch die Getreideordnung bedarf der verfassungsmäßigen Verankerung. Alle diese Abstimmungen berühren aufs engste die Interessen der arbeitenden Klasse. Von ihrem Ausgang hängt es großenteils ab, ob die sozialen Errungenschaften erhalten und weiter ausgebaut werden können.

Werktätige in Stadt und Land!

Mit berechtigtem Stolz blickt das Schweizervolk auf seine demokratischen Einrichtungen. Aber um diese unversehrt zu erhalten, müssen wir wachsam sein und jeweils Entscheide treffen, die dem Wohle des Volkes dienen. Folgt daher bei den bevorstehenden zahlreichen Urnengängen den Parolen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und laßt euch nicht durch demagogische Behauptungen irreführen. Höchste Wachsamkeit ist heute doppelt am Platze. Niemand kann entgehen, daß unser Land an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt ist. Immer offenkundiger tritt zutage, daß die ungezügelte Wirtschaftsfreiheit in einen unüberbrückbaren Widerstreit mit den Gesamtinteressen des Volkes gerät. Wir können die Grundlagen unseres staatlichen Zusammenlebens nur erhalten, wenn wir ordnende Elemente in die Wirtschaft einbauen, wie sich das soeben für die Landwirtschaft als unerläßlich erwiesen hat. Soll es gelingen, die Freiheit für alle und namentlich für die wirtschaftlich Schwachen dauernd zu sichern, so kommen wir nicht mehr um die Notwendigkeit herum, sie auf wirtschaftlichem Gebiet für einzelne zu beschneiden.

Das wird die Hauptaufgabe der vor uns liegenden Zeit sein. Daneben läuft der tägliche Kampf für die soziale Hebung der Lohn- und Gehaltsverdiener ohne Unterbruch weiter. Wir fordern, daß Löhne und Gehälter der neuen Teuerung angepaßt werden und daß dieser selber mit allen Mitteln Einhalt geboten wird. Die Förderung alles dessen, was die menschliche Arbeitskraft stärkt und verlängert,

muß stets oberstes Gesetz sein. Dazu gehört nicht zuletzt auch die fortgesetzte Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sei es in der privaten, sei es in der öffentlichen Wirtschaft.

Werktätige in Stadt und Land!

Demonstiert auch an diesem 1. Mai eure feste Entschlossenheit, für die alten gewerkschaftlichen Losungen einzutreten, die da heißen:

Freiheit, Fortschritt und Frieden,

und trägt durch eure aktive Teilnahme dazu bei, die Maifeiern im ganzen Land zu eindrucksvollen Manifestationen dieses Willens zu gestalten.

Bern, Mitte April 1952.

Das Bundeskomitee
des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Friedensopfer und Gewerkschaften

Von Nationalrat *Robert Bratschi,*
Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

I

Mit Bundesbeschluß vom 12. April 1951 haben die eidgenössischen Räte für außerordentliche Rüstungen einen Kredit von 1464 Millionen Franken bewilligt. Angesichts der Unsicherheit der internationalen Lage haben die Gewerkschaften dieser Maßnahme *vorbehaltlos zugestimmt,* gilt es doch, einen neuen Krieg, wenn er ausbrechen sollte, wenn immer möglich von unseren Grenzen fernzuhalten oder im Falle eines Angriffes auf unser Land die Freiheit und Unabhängigkeit *wirksam verteidigen* zu können.

Der bewilligte Kredit von 1464 Millionen Franken wurde gestützt auf Berechnungen erteilt, die im Jahre 1950 durchgeführt worden sind. Die Verhältnisse haben seither geändert. Die Materialpreise und Kosten der Lebenshaltung sind gestiegen. Als Folge davon hat auch eine teilweise Anpassung der Löhne stattgefunden. Wenn Rüstungen und Material in ungefähr gleicher Qualität und Quantität beschafft werden sollen, wie das im Jahre 1950 vorgesehen worden ist, so muß mit *höheren* Ausgaben gerechnet werden, als sie mit dem oben erwähnten Beschluß bewilligt worden sind. Wir machen darauf aufmerksam, wenn wir auch darauf verzichten, diese Tatsache in den weiteren Betrachtungen zu berücksichtigen.